

MORNING NEWS

23. Dezember 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DAX	24.283,97	-4,43	-0,02	24.288,40	DJ 30	48.362,68	227,79	0,47	48.134,89
MDAX	30.437,29	75,83	0,25	30.361,46	NASDAQ	25.461,70	115,52	0,46	25.346,18
TEC DAX	3.574,34	27,42	0,77	3.546,92	Nikkei 225	50.411,79	9,40	0,02	50.402,39
Euro Stoxx50	5.743,69	-16,66	-0,29	5.760,35	Hang Seng	25.804,08	2,31	0,01	25.801,77
Bund Future	127,17	0,21	0,17	126,96	Euro / US-\$	1.1775	0,00	0,11	1.1762
Gold in US-\$	4.477,96	34,35	0,77	4.443,61	Öl (Brent) US-\$	61,83	-0,24	-0,39	62,07
Bitcoin / US-\$	87.715,24	-514,80	-0,58	88.230,04	Ethereum / US-\$	2.974,40	-12,58	-0,42	2.986,98

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.300	+17
NASDAQ Future	25.688,50	-3,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	VERÄNDERUNG %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	208,31	-0,24	-0,00	208,55	245,30	1.153.223,00
Nokia OJ	5,55	0,04	0,01	5,51	6,54	25.844.526,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	ACEA Kfz-Neuzulassungen	November	06:00	n/a (5,8%)
D	Importpreise (m/m)	November	08:00	0,1% (0,2%)
D	Importpreise (y/y)	November	08:00	-2,2% (-1,4%)
D	Bauhauptgewerbe	Oktober	08:00	n/a
USA	BIP (q/q), annualisiert, Zweites	Q3	14:30	3,3% (3,8%)
USA	Privater Konsum, Zweites	Q3	14:30	2,7% (2,5%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter, vorab	Oktober	14:30	-1,5% (0,5%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter ex transport, vorab	Oktober	14:30	0,3% (0,6%)
USA	Industrieproduktion (m/m)	November	15:15	0,1% (0,1%)
USA	Kapazitätsauslastung	November	15:15	75,9% (75,9%)
USA	Richmond Fed Herstellerindex	Dezember	16:00	-10 (-15)
USA	Verbrauchervertrauen	Dezember	16:00	91,0 (88,7)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,20 (4,04)	10-jährige Bonds	-0,109	4,16%
Volumen NASDAQ	7,22 (12,55)	30-jährige Bonds	-0,156	4,83%

(=Vortag

Die **Rückkehr der Anleger zu KI-Werten** hebt die Stimmung an der Wall Street zu Beginn der Weihnachtswoche. Alle drei großen Indizes legten am Montag rund 0,5 Prozent zu. Der Dow-Jones-Index schloss damit bei 48.362 Punkten, der

breiter gefasste S&P 500 mit 6878 Zählern und der Index der Technologiebörsen Nasdaq mit 23.428 Stellen. Vor allem Aktien aus der Tech-Branche erholteten sich nach den jüngsten Kursverlusten weiter. Starke Prognosen des Chipherstellers Micron hatten die Stimmung zuletzt aufgehellt.

Micron-Aktien legten vier Prozent zu, nachdem sie am vergangenen Handelstag rund sieben Prozent gestiegen waren. Auch **Nvidia**, **Broadcom** und **AMD** legten zu. "Trotz zwischenzeitlicher Schwankungen und Bedenken hinsichtlich der Gesundheit der KI-Branche hat die Technologiebranche den Markt in diesem Jahr nach oben getrieben", sagte Chris Larkin von E*Trade von Morgan Stanley.

Für Rückenwind sorgte auch die Aussicht, dass Nvidia seinen zweitstärksten KI-Chip H200 vor dem chinesischen Neujahrsfest Mitte Februar nach China liefern könnte. Dies teilte der US-Chipkonzern chinesischen Kunden mit, wie Reuters unter Berufung auf Insider berichtet. Es herrsche aber weiter Unsicherheit, da Chinas Regierung den Kauf noch genehmigen müsse. Es wären die ersten Lieferungen des H200 nach China, seit US-Präsident Donald Trump erklärt hat, dass er solche Verkäufe mit einer Gebühr von 25 Prozent erlauben würde.

Auch Übernahmen trieben die Anleger um. Die Aktien von **Clearwater Analytics** sprangen um 8,1 Prozent nach oben, nachdem eine Gruppe von Finanzinvestoren eine Vereinbarung zur Übernahme des Softwareherstellers für rund 8,4 Milliarden Dollar bekanntgegeben hatte.

Papiere von **Warner Bros Discovery** stiegen um 3,5 Prozent. Oracle-Mitbegründer Larry Ellison hatte zugestimmt, eine persönliche Garantie von 40,4 Milliarden Dollar für das Übernahmeangebot von **Paramount Skydance** für das Unternehmen zu geben. Paramount verteuerte sich um 4,3 Prozent.

Tesla kletterten um 1,5 Prozent, nachdem der Oberste Gerichtshof von Delaware das Gehaltspaket von Firmenchef Elon Musk aus dem Jahr 2018 im Wert von ursprünglich 56 Milliarden Dollar wieder in Kraft gesetzt hatte. Mit dem Urteil vom Freitag wurde die Entscheidung einer Vorinstanz aufgehoben. Das Paket von 2018 sah für Musk Optionen zum Erwerb von rund 304 Millionen Tesla-Aktien vor, wenn das Unternehmen bestimmte Ziele erreicht.

Unter Druck standen Windkraft-Firmen. Der US-Anbieter **Dominion Energy** verlor vier Prozent, **Orsted** aus Dänemark 12,7 Prozent. Die US-Regierung um Donald Trump hat Pachtverträge für fünf große Offshore-Windkraftprojekte vor der Ostküste ausgesetzt und dies mit Bedenken für die nationale Sicherheit begründet. Trump hat sich wiederholt gegen die Branche gestellt und will vielmehr die Förderung von Öl und Gas ankurbeln.

Im Blick hatten US-Anleger zudem Konjunkturdaten, die im Laufe der Woche veröffentlicht werden sollen. Dazu gehören die vorläufigen Zahlen des Bruttoinlandsprodukts für das dritte Quartal, Daten zum Verbrauchertrauen im Dezember und die wöchentlichen Anträge auf Arbeitslosenhilfe. Kurz vor Jahresschluss erhofften sich Investoren, Rückschlüsse auf den Zustand der US-Wirtschaft sowie Hinweise auf den geldpolitischen Kurs im kommenden Jahr ziehen zu können. An der Börse beruhigten sich die Nerven kurz vor dem Weihnachtsfest: Der **Volatilitätsindex**, auch als "Angstbarometer" der Wall Street bekannt, fiel auf den niedrigsten Stand seit September.

US Unternehmen

Eine **Gruppe von Autoren** um den Investigativjournalisten John Carreyrou **verklagt** mehrere Technologiekonzerne wie **Google**, **OpenAI** und **Meta**. Sie werfen den Firmen vor, ihre urheberrechtlich geschützten Bücher unerlaubt für das Training von Künstlicher Intelligenz (KI) genutzt zu haben. Carreyrou ist bekannt für die Aufdeckung des Betrugs beim US-Bluttest-Startup Theranos. Die am Montag in Kalifornien eingereichte Klage richtet sich auch gegen die Firma **xAI** von Elon Musk. Die Autoren streben bewusst keine Sammelklage an. Solche Verfahren würden die beklagten Firmen begünstigen, da sie eine einzige Einigung mit vielen Klägern aushandeln könnten, heißt es in der Klageschrift. Carreyrou hatte das Vorgehen der KI-Firmen bereits zuvor scharf kritisiert und das unerlaubte Nutzen von Büchern als eine Erbsünde der Branche bezeichnet (Reuters).

Marktmeldungen

Am morgigen **Mittwoch, den 24. Dezember** ist „**Heilig Abend**“.

Die Börsen in **Frankfurt, Wien, Rom und Zürich** bleiben geschlossen.

Ein **verkürzter Handel** findet wie folgt statt: **Hongkong** (05.00 Uhr MEZ), **London** (13.30 Uhr MEZ), **Paris** (14.05 Uhr MEZ) und **New York** (19.00 Uhr MEZ), **US-Anleihenmarkt** (20.00 Uhr MEZ). Die Börsen in **Russland** sind geöffnet.

Am **Donnerstag, den 25. Dezember** ist „**1. Weihnachtsfeiertag**“.

Die Börsen in **Frankfurt, Amsterdam, Budapest, London, Madrid, Mailand, New York, Prag, Paris, Wien, Warschau und Zürich** bleiben geschlossen. Die Börsen in **Russland, Japan und China** sind geöffnet.

Am **Freitag, den 26. Dezember** ist „**2. Weihnachtsfeiertag**“.

Die Börsen in **Frankfurt, Budapest, London, Hongkong, Madrid, Mailand, Prag, Rom, Wien, Warschau und Zürich** bleiben geschlossen. Die Börsen in **New York, Japan, Südkorea und Russland** sind geöffnet.

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein gemütliches, friedliches und besinnliches Weihnachtsfest sowie erholsame Feiertage!

Die **Steuereinnahmen von Bund und Ländern** sind im November etwas gesunken. Sie fielen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,3 Prozent auf 60,2 Milliarden Euro, wie aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, der am Dienstag veröffentlicht werden soll. Grund sei vor allem ein statistischer Effekt bei der Umsatzsteuer, die im November 2024 noch ungewöhnlich stark gestiegen war. Bei der Lohnsteuer gab es - nach dem kräftigen Anstieg im Oktober – nun nur ein leichtes Einnahmeplus binnen Jahresfrist. Bei der veranlagten Einkommensteuer ergab sich demnach ein Einnahmerückgang, während sich das Ergebnis der Körperschaftsteuer leicht erhöhte. In den ersten elf Monaten summierten sich die Einnahmen auf 786,4 Milliarden Euro, was einem Plus von 5,2 Prozent entspricht. Für die nächsten Monate seien auf Basis gesamtwirtschaftlicher Indikatoren wie den Einzelhandelsumsätze oder den Warenimporten grundsätzlich leichte Zuwächse des Aufkommens der Umsatzsteuern zu erwarten, schreiben die Fachleute des Finanzministeriums. "Kräftigere Impulse aus der Gesamtwirtschaft für die Aufkommensentwicklung dürften sich aber erst wieder mit anziehender Konjunktur einstellen." Nach einer weitgehenden Stagnation der Wirtschaft 2025 rechnet die Regierung für das nächste Jahr mit einem moderaten Wachstum der Wirtschaft - vor allem dank Impulsen durch die staatlichen Mehrausgaben für Infrastruktur und Verteidigung (Reuters).

Die **Regierung in Frankreich** will mit einem **Notgesetz** einen Stillstand der Verwaltung abwenden, nachdem **Verhandlungen mit der Opposition** über einen **Haushalt für 2026** gescheitert sind. Die Sonderregelung solle den Staat bis in den Januar hinein handlungsfähig halten und den Verhandlungen eine letzte Chance geben, sagte Regierungssprecherin Maud Bregeon am Montagabend. Ein Vermittlungsausschuss aus beiden Parlamentskammern war am Freitag daran gescheitert, einen Kompromiss für den Haushalt 2026 zu finden. Das Parlament soll dem nun geplanten Überbrückungsgesetz voraussichtlich am Dienstag zustimmen. Das Sondergesetz sei aber kein Haushalt, sagte Bregeon. Ein solcher müsse aber so schnell wie möglich aufgestellt werden (Reuters).

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat eine **Beteiligung der Bundeswehr** an einer **möglichen Friedenstruppe** in der **Ukraine** offen gelassen. Das seien "hypothetische Überlegungen", sagte der Minister der "Zeit" einem Vorab-Bericht vom Montag zufolge. Schließlich sei Russlands Präsident Wladimir Putin noch nicht einmal zu einem Waffenstillstand bereit. Die Europäer hätten aber bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer von Europa geführten Truppe erklärt. Damit seien jetzt die USA am Zug. Sie müssten sich maßgeblich an Sicherheitsgarantien beteiligen.

Pistorius (SPD) zeigte sich dem redaktionell bearbeiteten Interview-Vorab zufolge skeptisch, ob die Verhandlungen zwischen Europäern, der Ukraine und den USA in der vergangenen Wochen einem Frieden in der Ukraine tatsächlich näher gebracht hätten. Der Einzige, der den Krieg sofort beenden könnte, sei Putin, sagte der Minister. Trotz der Bemühungen um einen Waffenstillstand gebe es dafür aber aus Moskau keine Anzeichen. Dennoch seien die Verhandlungen wichtig gewesen. "Kanzler Merz hat klar gemacht, dass die Europäer bei den Verhandlungen zur Zukunft der Ukraine ein Wörtchen mitzureden haben."

US-Präsident Donald Trump äußert sich zum **Stand der Friedensgespräche** für die **Ukraine**. Diese verliefen in Ordnung, sagt er. Die USA haben in den vergangenen Wochen eine Reihe von Gesprächen zur Beendigung des Krieges gefördert (Reuters).

Die russische Zeitung Iswestija zitiert **Kremlsprecher** Dmitri Peskov mit den Worten, die **Gespräche zwischen Russland und den USA** in Miami über Wege zur Lösung des Konflikts in der **Ukraine** sollten nicht als Durchbruch gewertet werden. Man erwarte eine Fortsetzung der Gespräche auf Ebene von Experten. Priorität Russlands sei, von den USA Details über die Gespräche Washingtons mit den Europäern und Ukrainern zu erfahren. Moskau werde dann beurteilen, inwieweit dies mit dem "Geist von Anchorage" übereinstimme, sagt Peskov mit Blick auf das Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit US-Präsident Donald Trump im August in Alaska (Reuters).

Der **israelische Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu sagt, bei seinem **Treffen mit US-Präsident** Donald Trump in der kommenden Woche in Washington werde man auch über die **Atomaktivitäten des Iran** sprechen. Der Schwerpunkt werde auf dem **Übergang zur nächsten Phase des Friedensplans für den Gazastreifen** und der **Umgang mit Hisbollah-Kämpfern** sein, sagt Netanjahu auf einer Pressekonferenz mit dem griechischen Regierungschef Kyriakos Mitsotakis und dem zypriotischen Präsidenten Nikos Christodoulides in Jerusalem. Die drei vereinbarten eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Netanjahu sagt zudem, die drei Länder beabsichtigten, eine Initiative voranzutreiben, um Indien über den Nahen Osten per Schiff und Bahn mit Europa zu verbinden (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat am Montag den Bau einer **neuen Klasse** von **Schlachtschiffen** angekündigt und will zugleich die **Rüstungsindustrie** wegen Produktionsverzögerungen und Kostenüberschreitungen zur Rede stellen. Die Trump-Klasse solle größer, schneller und 100 Mal schlagkräftiger sein als alle bisherigen Schiffe, sagte Trump. Zunächst seien zwei Schiffe als Teil einer erweiterten Goldenen Flotte geplant. Marineminister John Phelan zufolge sollen die Schlachtschiffe nicht nur die größten Geschütze tragen, die je auf einem US-Kriegsschiff montiert wurden, sondern auch Marschflugkörper, die mit Atomwaffen bestückt werden können. Um die Aufrüstung zu beschleunigen, will Trump in der kommenden Woche Vertreter großer Rüstungskonzerne treffen. Er wolle dabei ansprechen, warum Produktionsziele verfehlt werden und welche Rolle Managergehälter, Aktienrückkäufe und Dividenden dabei spielen, sagte er. Einem Reuters-Bericht zufolge plant die Regierung in Washington eine Verordnung. Diese soll die Auszahlungen an Manager und Aktionäre bei Rüstungsunternehmen begrenzen, deren Projekte das Budget überschreiten und sich verzögern (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat sein Interesse an **Grönland** bekräftigt und damit erneut scharfe Kritik aus Dänemark und Grönland ausgelöst. "Wir brauchen Grönland für die nationale Sicherheit. (...) Wir müssen es haben", sagte Trump am Montag in Palm Beach, Florida. Er verwies dabei auf russische und chinesische Schiffe entlang der Küste der arktischen Insel. Trump hatte bereits am Sonntag den Gouverneur von Louisiana, Jeff Landry, zu seinem Sondergesandten für Grönland ernannt. Dieser solle die Sache vorantreiben, sagte Trump. Landry erklärte auf der Plattform X, es sei ihm eine Ehre, in dieser ehrenamtlichen Position daran mitzuwirken, Grönland zu einem Teil der USA zu machen. Darauf reagierten die **dänische Premierministerin** Mette Frederiksen und der **grönländische Ministerpräsident** Jens-Frederik Nielsen mit einer gemeinsamen Stellungnahme: "Man kann nicht einfach ein anderes Land annekieren. (...) Grönland gehört den Grönländern." Der **dänische Außenminister** Lars Løkke Rasmussen kündigte an, den US-Botschafter Kenneth Howery einzubestellen. "Das ist natürlich völlig inakzeptabel", sagte Rasmussen dem Sender TV2. Premierministerin Frederiksen schrieb auf Instagram: "Es ist eine schwierige Situation, in die uns unsere

lebenslangen Verbündeten bringen." Der grönländische Ministerpräsident Nielsen kommentierte auf Facebook: "Die Ankündigung ändert nichts. Wir entscheiden über unsere eigene Zukunft." (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat den **venezolanischen Präsidenten** Nicolas Maduro zum Rücktritt aufgefordert und den Druck auf die Öl-Exporte des Landes verschärft. Es wäre klug von Maduro, die Macht abzugeben, sagte Trump am Montag. Gleichzeitig haben die USA nach eigenen Angaben einen Supertanker mit venezolanischem Öl beschlagnahmt und am Wochenende versucht, zwei weitere Schiffe abzufangen. Das beschlagnahmte Öl und die Schiffe werde Washington möglicherweise behalten oder verkaufen, sagte Trump. Die Maßnahmen führten bereits zu einem Rückgang der Ölverladungen in Venezuela (Reuters).

Chinas Wirtschaft ist einer Studie zufolge im Jahr 2025 um 2,5 bis drei Prozent gewachsen und damit nur etwa halb so stark wie von der Regierung in Peking angegeben. Grund sei ein Einbruch der Anlageinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte, heißt es in einem am Montag veröffentlichten Bericht der Denkfabrik Rhodium Group. Chinas Regierung dürfte auf ihrer Sitzung im März dagegen verkünden, das offizielle Wachstumsziel von "rund fünf Prozent" erreicht zu haben. Dem Bericht zufolge beläuft sich die nicht erfasste Nachfragelücke auf rund eine halbe Billion Dollar (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Der **europäische Automarkt** setzt seine Erholung im Schneekentempo fort. Bis einschließlich November wurden in der Europäischen Union knapp 9,9 Millionen **Neuwagen** zugelassen, das sind 1,4 Prozent mehr als vor Jahresfrist, wie der Branchenverband ACEA mitteilte. Damit liege der Fahrzeugabsatz aber immer noch deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau. Besonders hoch fiel das Wachstum in **Spanien** aus, wo mehr als eine Million Autos verkauft wurden.

Deutschland schaffte ein Plus von 0,7 Prozent. In **Italien** und **Frankreich** ging der Autoabsatz dagegen seit Jahresbeginn zurück. Die beliebteste Antriebsform war der Hybrid: Mehr als jedes dritte neue Auto hat einen solchen kombinierten Antrieb. Elektroautos bauten ihren Anteil auf 16,9 Prozent aus. Benzin- und Dieselautos verlieren dagegen in der Gunst der Kunden. Gerade einmal 27 Prozent der Neuwagen verfügen über einen Benzinmotor, vor einem Jahr waren es noch gut ein Drittel. Noch schlechter verkauften sich Diesel, die auf nur noch neun Prozent Marktanteil kamen. Bei den Herstellern baute der **Volkswagen-Konzern** seine führende Position weiter aus und verkaufte fünf Prozent mehr Autos der Marken Volkswagen, Audi, Skoda, Seat, Cupra oder Porsche. **Renault** schaffte ein Plus von 6,5 Prozent, **BMW** setzte 6,1 Prozent mehr Autos ab. **Stellantis** mit Marken wie Opel, Peugeot und Fiat sackte dagegen weiter ab und verlor 5,5 Prozent. Auch **Hyundai**, **Toyota** oder **Ford** gehörten zu den Verlierern. Der **Tesla**-Absatz gab fast zwei Fünftel nach und lag bei nur noch 130.000 Autos. Mit 110.000 verkauften Fahrzeugen lag der chinesische Rivale **BYD** nur noch knapp hinter dem US-Elektroautobauer (Reuters).

Gesundheitswesen

Der dänische Pharmakonzern **Novo Nordisk** hat in den USA die **Zulassung** für eine neue, wirksame Pille zur Gewichtsreduktion erhalten. Die **US-Arzneimittelbehörde** FDA gab am Montag grünes Licht für das Medikament. Damit verschafft sich das Unternehmen einen wichtigen Vorteil im Wettlauf mit dem US-Konkurrenten Eli Lilly, der zuletzt mit einem eigenen Präparat auf dem wichtigen US-Markt an Novo Nordisk vorbeigezogen war. Die Aktie von Novo Nordisk legte nach der Ankündigung um acht Prozent zu (Reuters).

Medien

Der US-Fernsehsender **CBS** hat einen **kritischen Bericht** über ein **umstrittenes Gefängnis in El Salvador** kurz vor der geplanten Ausstrahlung am Sonntag **zurückgezogen** und damit eine **Debatte über politische Einflussnahme** ausgelöst. Der Beitrag für die renommierte Sendung "60 Minutes" sollte von dem Gefängnis CECOT handeln, in das die USA Hunderte von Migranten, zumeist aus Venezuela, ohne Gerichtsverfahren abschieben. Der demokratische Minderheitsführer im Senat, Chuck Schumer, machte die Regierung von US-Präsident Donald Trump verantwortlich: "Trump und seine milliardenschweren Kumpels versuchen zu bestimmen, was die Leute sehen und hören, um ihre

eigene alternative Realität zu schaffen", schrieb Schumer auf der Plattform X. Während CBS den Schritt mit zusätzlichem Recherchebedarf begründete, warf die verantwortliche Reporterin Sharyn Alfonsi der neuen CBS-Senderführung eine "politische" Entscheidung vor. Alfonsi schrieb in einer internen Mitteilung, der Beitrag sei sachlich korrekt und fünfmal geprüft sowie von Juristen und internen Kontrollgremien freigegeben worden. "Den Beitrag nun zurückzuziehen, nachdem jede strenge interne Prüfung erfüllt wurde, ist meiner Ansicht nach keine redaktionelle, sondern eine politische Entscheidung", zitierte ein CBS-Mitarbeiter aus der Mitteilung (Reuters).



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

